



Bilanz von Rot-Grün

Deutschland wurde unter Wert regiert

„Die letzten sieben Jahre Rot-Grün waren gekennzeichnet durch eine falsche Politik, leere Versprechen und fehlende Durchsetzungsfähigkeit. Das ist der Dreiklang des rot-grünen Scheiterns“, bilanzierte die Vorsitzende der CDU Deutschlands in der letz-

ten Bundestagsdebatte der 15. Legislaturperiode.

Schröder habe seine Chance gehabt. Gescheitert sei er letztlich „an seiner Partei, an sich selbst und an seiner Wahrnehmung der Realität“. Zudem habe es der Kanzler während seiner Regierungserklärung nicht ▶

INHALT

Volker Kauder:
SPD arbeitet mit
Täuschungen
und Lügen
Seite 4

Prominenten-
Kampagne:
„Angela Merkel hat
unsere Unterstützung“
Seite 9

HEUTE AKTUELL

■ „Klarer Kurs statt Rot-Grün“ (Seite 4) ■ Wolfgang Schäuble: Integration und Partnerschaft statt nationaler Sonderwege (Seite 5-6) ■ Gerda Hasselfeldt: Faire Chancen für die Landwirtschaft (Seite 6-7) ■ Paul Kirchhof: Gemeinnützigkeitsprinzip bleibt erhalten (Seite 7) ■ Peter Müller: Signal für den Standort Deutschland (Seite 8) ■ Michael Meister: Schröders Mehrwertsteuerlüge (Seite 10-11) ■ Angela Merkel trifft Wladimir Putin (Seite 10) ■ Hartmut Schauerte: Ölpreisbindung prüfen (Seite 11-12) ■ teAM Zukunft: Hochmotiviert auf die Zielgerade (Seite 12) ■ Wolfgang Zöller/Andreas Storm: Rentenfinanzen weiter auf Talfahrt (Seite 12-13) ■ Ronald Pofalla: Rot-Grün treibt Verbraucher in die Pleite (Seite 13-14) ■ Hartmut Koschyk: Wahlfehler verhindern (Seite 14) ■ Öffentlichkeitsarbeit (Seite 15-16)

► vermocht, ein Konzept für die Zukunft Deutschlands aufzuzeigen. Nicht einmal einen Entwurf für den Haushalt 2006 habe er vorlegen können. „Deshalb sind Sie Vergangenheit, Herr Bundeskanzler.“

Politik aus einem Guss

Nach sieben Jahren Rot-Grün gebe es mehr Arbeitslose, täglich verliere das Land 1.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die Rente werde auf „Pump“ finanziert, die Pflegeversicherung sei in einem bemitleidenswerten Zustand und die Schere zwischen Ost und West klaffe weiter auseinander. In den Ohren der Arbeitslosen klinge es deshalb wie „Hohn“, wenn der Kanzler erkläre, sieben Jahre Rot-Grün seien sieben gute Jahre für Deutschland gewesen.

Gegen das „Versprochen-Gesprochen“ von Rot-Grün setze die Union eine „Politik aus einem Guss“, betonte die Kanzlerkandidatin. Damit der Neuanfang gelingen

könne, wolle sie mit den Menschen Bündnisse in drei Zukunftsfeldern schließen. Zu diesen Schwerpunkten gehörten Vorfahrt für Arbeit, Zukunft für Familien und Innovationen als Schlüssel für die Bewahrung des Wohlstands in Deutschland. In diesem Zusammenhang bekräftigte die Partei- und Fraktionsvorsitzende ihre Pläne zur Reform des Steuersystems mit niedrigeren Eingangs- und Spitzentarifen, zum Bürokratieabbau und zur Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen seien auf die rechtliche Absicherung betrieblicher Bündnisse für Arbeit angewiesen, denn nur so könnten sie schnell genug auf Veränderungen reagieren.

Die Kanzlerkandidatin plädierte dafür, die derzeitige „Denkpause“ in Europa zu nutzen, um zu klären, was die Bürger an der EU störe. Dies seien der starke Hang zur Bürokratisierung und die Einmischung von Brüssel in Dinge, die vor Ort einfacher geregelt werden könnten. Daher würden EU-

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Fernverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Richtlinien künftig nur noch 1:1 umgesetzt, betonte Merkel. Zudem werde sie sich „nicht davon abbringen lassen“, dass eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU falsch wäre. Stattdessen plädiere sie für eine privilegierte Partnerschaft.

Das Fazit der Partei- und Fraktionsvorsitzenden lautete: „Deutschland ist die

letzten sieben Jahre unter Wert regiert worden.“ Eine unionsgeführte Regierung werde künftig dafür sorgen, dass die Soziale Marktwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung für jeden lebbar werde. Dass also „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit“ nicht nur auf dem Papier stünden, sondern für jeden erfahrbar

sein. Dazu sei jedoch ein „Mentalitätswechsel nötig“, unterstrich Merkel. Über Jahrzehnte habe Deutschlands Stärke darin bestanden nicht zu fragen, „was nicht geht, sondern was gehen könnte“. Wenn das Land nach dem 18. September wieder richtig regiert werde, „wird uns das auch in Zukunft wieder gelingen“.

PRESSESTIMMEN

„Das war's also. [...] Rot-Grün ist Geschichte.“

Lausitzer Rundschau

„So, das war's mit der 15. Legislaturperiode. Der Kanzler hat mit seiner Regierungserklärung seine Abschiedsvorstellung gegeben. [...] Eins ist gewiss: Gerhard Schröder wird nicht wieder Kanzler.“

Handelsblatt

„Merkel blickt viel stärker als Schröder auf die Gestaltung der Zukunft...“

Leipziger Volkszeitung

„Das war's also. [...] Das rot-grüne Projekt neigt sich dem Ende zu. In einer Rede, die man als ‚Abschiedsrede‘ werten darf.“

Saarbrücker Zeitung

„Von Schröders Auftritt unterschied sich der Angela

Merkels in einer wesentlichen Hinsicht: Sie hat über Perspektiven geredet.“

Westfalenpost (Hagen)

„Was will die SPD, was will, was darf Gerhard Schröder? Man hätte es gerne erfahren in seiner Regierungserklärung.“

Aachener Zeitung

„Wer die Debatte verfolgen konnte, wird ein weiteres Mal festgestellt haben, dass in diesem Wahlkampf die Rollen auf eigentümliche Weise vertauscht sind: Ein Bundeskanzler erstattet nur teilweise den von ihm erwarteten Rechenschaftsbericht. Viel breiteren Raum widmet er der Attacke auf die Oppositionsführerin. Die wiederum gibt sich zwar nicht minder angriffslustig, trägt aber gleichzeitig so etwas wie

eine Regierungserklärung vor.“

General-Anzeiger (Bonn)

„Merkel [kann] für die Union ein umfassendes Reform-Programm vortragen. Sie zeigt, dass sie gestalten und verändern will. Schröder verteidigt zwar seine Reformpolitik und attackiert den Gegner – aber er sagt wenig, viel zu wenig über seine Pläne. Da ist nichts mehr. Da redet einer von Vergangenheit, nicht von Zukunft.“

Braunschweiger Zeitung

„Für Rot-Grün wird es so oder so nicht reichen. Und damit auch für einen Kanzler Schröder nicht. Der gab – uneingestanden – im Bundestag seine Abschiedsvorstellung.“

Thüringische Landeszeitung

SPD arbeitet mit Täuschungen und Lügen

„Der Kanzler lügt in aller Öffentlichkeit“, sagte Generalsekretär Volker Kauder vor Journalisten in Berlin.

Mit einem milliarden-schweren Kürzungsprogramm bereite Eichel einen gigantischen Wahlbetrug vor. Schröder und Eichel arbeiteten mit falschen Zahlen und täuschten die Menschen über ihre Mehrwertsteuerpläne. In Anzeigen habe die SPD bewusst falsche Rechnungen angestellt. Fakt sei dagegen: Die CDU entlaste alle Arbeitnehmer.

Außerdem wies Kauder auf die Bedrohung durch Rot-Rot-Grün hin. Wenn der Kanzler als Wahlziel 38 Prozent angebe, dann sei klar, dass er ein Bündnis mit der



Volker Kauder

PDS anstrebe. Wenn die SPD mit PDS-Hilfe im Kanzleramt bleiben könne, werde sie es doch nicht als Juniorpartner der Union verlassen. „Das glaubt doch niemand.“

Schon in vergangenen Wahlkämpfen habe der Kanzler gelogen, sagte Kau-

der. 1998 habe er versprochen, dass die Ökosteuernicht über umgerechnet 3 Cent hinaus angehoben werde. Heute liege die Ökosteuern bei 15 Cent. Zudem habe Finanzminister Eichel angekündigt, dass er die Mehrwertsteuer im unteren Bereich – also bei Lebensmitteln – anheben wolle. Dies wäre die größte Verteuerung von Gütern des täglichen Bedarfs seit dem Zweiten Weltkrieg.

Kauder forderte Schröder auf, dem Ansehen des Amtes nicht noch weiter zu schaden. „Auf das Wort eines Kanzlers muss Verlass sein“, betonte er und fügte hinzu: „Auf das Wort einer Kanzlerin wird Verlass sein.“

„KLARER KURS STATT ROT-ROT-GRÜN“

Die CDU gibt in der Schlussphase noch einmal alles.

In den letzten 100 Stunden des Wahlkampfes findet eine bundesweite Mobilisierungskampagne unter dem Motto „Klarer Kurs statt Rot-Rot-Grün“ statt. Den Auftakt dieser Kampagne bildet ein „Rund-um-die-Uhr-Wahlkampf“ vom 14. September, 14 Uhr, bis 15. September, 14 Uhr. Ideen für 24-Stunden-Aktionen

sind z.B.: Kneipen-Canvassing, Aktionen am Werkstor bei Schichtwechsel, Kaffee-Ausschenken im morgendlichen Stau des Berufsverkehrs oder Brötchen-Verteilen im Seniorenheim.

„100 Stunden wach für den Wechsel“ - unter diesem Motto beteiligt sich auch das teAM Zukunft am Wahlkampf-Endspurt. Die „arena 05“ im Berliner Konrad-Adenauer-Haus wird

die letzten 100 Stunden vor der Wahl rund um die Uhr besetzt sein.

Auf den Internetseiten www.cdu.de, www.cdu-net.de und www.team-zukunft.net werden wir Sie über die verschiedenen „100-Stunden-Wahlkampfaktivitäten“ informieren. Die Aktionsvorschläge zur Kampagne finden Sie wie gewohnt im Mitglieder-netz.

Integration und Partnerschaft statt nationaler Sonderwege

Für Frieden, Freiheit und Sicherheit in Deutschland sind Europäische Integration und Atlantische Partnerschaft von überragender Bedeutung. Die CDU wird nach sieben Jahren Rot-Grün, die Europa und die Atlantischen Beziehungen in ihre tiefste Krise geführt haben, Schluss machen mit nationalen Sonderwegen und falschen Achsen. Wir wollen wieder als verlässliche Partner die Interessen unseres Landes wahren.

Damit europäische Politik die Unterstützung der Menschen zurückgewinnt, braucht Europa eine Konzentration auf das Wesentliche. Wir werden uns einsetzen für eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen EU, Mitgliedsstaaten und Regionen und auch dafür, dass Wachstum und Dynamik nicht in europäischer Bürokratie ersticken. Wir werden nicht zulassen, dass die Grenzen Europas überdehnt und die Aufnahme-fähigkeit der EU überfordert werden. Deshalb wollen wir die demokratische Entwicklung der Türkei nach Kräften fördern, werden uns aber für



Wolfgang Schäuble

eine privilegierte Partnerschaft als beste Form der zukünftigen Zusammenarbeit einsetzen.

Die enge Partnerschaft und Freundschaft mit Frankreich wollen wir in gemeinsamer europäischer Verantwortung und mit besonderer Rücksicht auf die kleineren und die neuen EU-Mitglieder gestalten. Dies bedeutet auch, dass wir mit Russland, an dessen guter Entwicklung wir ein großes Interesse haben, und das wir eng an die euro-atlantischen Strukturen anbinden wollen, nicht über die Köpfe unserer Nachbarn und EU-Partner hinweg zusammenarbeiten werden.

Die transatlantischen Beziehungen werden wir wieder

auf ein Fundament grundsätzlichen Vertrauens stellen, das unserer gemeinsamen Wertebasis, unserer wirtschaftlichen Verbundenheit, wie auch den Chancen und Risiken, denen wir in der globalisierten Welt gemeinsam gegenüberstehen, entspricht. Dabei wollen wir die Nato als das primäre Instrument unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken und die Fähigkeiten und Handlungsoptionen der EU verbessern, um den europäischen Pfeiler der atlantischen Sicherheitspartnerschaft zu kräftigen.

Unsere Bundeswehr steht seit 50 Jahren für Sicherheit durch Partnerschaft und Integration. Wir werden angesichts der neuen Bedroh-

ungen die Transformation und Modernisierung unserer Streitkräfte vorantreiben und unsere Sicherheit in fairer Lastenteilung mit unseren Partnern auch in entfernten Regionen verteidigen, aber zugleich Heimatschutz und Landesverteidigung nicht länger vernachlässigen.

Wir wollen die Herausforderung Asiens in seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung ernst nehmen und eine langfristige partnerschaftliche Strategie mit China und Indien entwickeln.

Ebenso zentral für unsere Zukunft ist ein nachhaltiger Politikansatz zugunsten der in Hoffungslosigkeit verharrenden Weltregionen. Für uns gehören Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte zusammen. Wir werden unsere Verantwortung für die unter Armut Leidenden und für die Schöpfung auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes wie auch zur Abwehr globaler Gefahren wahrnehmen. Wir werden die legitimen wirtschaftlichen Interessen unseres Landes nach Kräften fördern, aber auch rechtstaatliche Defizite in der gebotenen Form ansprechen.

Wolfgang Schäuble ist im Kompetenzteam von Angela Merkel zuständig für Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungshilfepolitik.

Faire Chancen für die Landwirtschaft

Umwelt, Verbraucherschutz und Landwirtschaft sind mehrere Seiten ein und derselben Medaille und dürfen deshalb nicht isoliert voneinander betrachtet werden.

Diese Kernforderung erhob Kompetenzteam-

mitglied Gerda Hasselfeldt anlässlich einer Pressekonferenz in Berlin. Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisierte, dass Rot-Grün in den letzten sieben Jahren kein Gesamtkonzept für die Themen Umwelt, Verbraucherschutz und Landwirtschaft entwickelt habe. „Der Aufbau von Gegensätzen hat dazu geführt, dass es nicht zu einer Lösung kam, sondern dass die Politik nur Stückwerk war“, bilanzierte die Bundestagsabgeordnete. Bei der Union würden daher sowohl die Landwirtschaft als auch der Verbraucherschutz einen hohen Stellenwert haben. „Bei der Landwirtschaft brauchen wir einen deutlichen Politikwechsel“, sagte Hasselfeldt. Die Vernachlässigung der



Gerda Hasselfeldt

Landwirtschaft müsse ein Ende haben und die Landwirte müssten als Unternehmer, die im internationalen Wettbewerb stünden, anerkannt werden. „Die Landwirte ersticken in bürokratischen Vorschriften“, kritisierte Hasselfeldt. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte zu stärken, werde eine unionsgeführte Bundesregierung daher in den ersten 100 Tagen ein Maßnahmenpaket mit den Schwerpunkten Entbürokratisierung und Deregulierung beschließen. Zudem soll EU-Recht nur noch eins zu eins umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang nannte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende die Nutztierhaltungsverordnung für Legehennen und Schweine sowie den Stallbau.

Des Weiteren werde eine unionsgeführte Bundesregierung die von Minister Trittin eingeführte verdeckte Feldbeobachtung umgehend stoppen. Konventionelle und ökologische Landwirtschaft würden in einem von der Union geführten Ministerium nicht mehr gegeneinander ausgespielt. „Wir lösen das Misstrauen in den Berufsstand durch Vertrauen ab“, betonte Hasselfeldt.

In der Umweltpolitik werde sich die Union besonders um die Klimapolitik kümmern, hob die CSU-Politikerin hervor. Dabei setzten CDU und CSU jedoch im Unterschied zu Rot-Grün auf Dialog, Erfahrungsaustausch und freiwillige Vereinbarungen. Der bayerische Umweltpakt, in dem fast 5.000 Unternehmen mitwirken würden, sei hier beispielhaft. Deshalb solle das Modell nach gewonne-

ner Wahl auf den Bund übertragen werden. Daneben wolle die Union das Umweltrecht wo immer möglich entbürokratisieren, wenn dies ohne Abstriche an der Qualität möglich sei. Dies gelte auch für die Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH.

Mit Blick auf die aktuelle Diskussion um die Energiepreise attestierte Hasselfeldt vor allem den Grünen „Unglaubwürdigkeit“. Schließlich stehe diese Partei für einen Benzinpreis von 2,50 Euro und verantworte zusammen mit der SPD den Anstieg des staatlichen Anteils am Strompreis auf 40 Prozent.

Sie kündigte an, dass eine unionsgeführte Bundesregierung ihre Energiepolitik an den Kriterien Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit ausrichten werde. Alle drei Ziele sollen gleichge-

wichtig verfolgt werden. Außerdem hält die Union an einem Energiemix aus fossilen Energieträgern, Kernenergie und erneuerbaren Energien fest, wobei letztere eine „zunehmend wichtigere Rolle spielen“ würden. Auch die Energieeffizienz müsse in allen Bereichen gesteigert werden. Zugleich plädierte Hasselfeldt für eine „tabufreie Energieforschung“, die alle Energieträger berücksichtige.

Kritik äußerte Hasselfeldt im Bezug auf die Förderung der Windkraft. Die Windenergie sei im Gegensatz zur Biomasse kaum in der Lage, die Grundlast, also die Stromversorgung rund um die Uhr, sicherzustellen. Ferner sei der Strombedarf nicht dort am größten, wo der Wind besonders stark sei. Insgesamt solle die Förderung der erneuerbaren Energien aber zunächst bis 2007 beibehalten werden.

KIRCHHOF: GEMEINNÜTZIGKEITSPRINZIP BLEIBT ERHALTEN

Am Gemeinnützigkeitsprinzip im deutschen Steuerrecht ändert sich auch bei einer unionsgeführten Bundesregierung nichts.

Dies bestätigte Paul Kirchhof, Mitglied im Kompetenzteam von CDU und CSU, in Berlin. „Aussagen von SPD-Politikern, die der Union das Gegenteil unterstellen, sind schlichtweg

falsch“, sagte Kirchhof. „Auch die sogenannte Übungsleiterpauschale bleibt wie bisher erhalten.“

Das Regierungsprogramm der Union sieht keinerlei Streichung des Gemeinnützigkeitsprinzips vor. Professor Kirchhof hat



Paul Kirchhof

in all seinen Veröffentlichungen hervorgehoben, dass die Gemeinnützigkeit kein Ausnahmestatbestand sei, sondern die Abzieh-

barkeit von Spenden dem Geist der Steuergerechtigkeit entspreche.

Telekom

Signal für den Standort Deutschland

Peter Müller, saarländischer Ministerpräsident und Mitglied im Kompetenzteam der Union für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur hat die Entscheidung der Telekom, 3 Milliarden Euro



Peter Müller

in ein hochmodernes Glasfasernetz zu investieren, als „gute Entscheidung und enormen Fortschritt für den Innovationsstandort Deutschland“ begrüßt.

Bereits bis 2007 sollen dadurch die 50 größten deutschen Städte hochleistungsfähige Breitbandanschlüsse bekommen, welche vielfältige Multimedia-Dienste ermöglichen. „Diese Entscheidung ist ein gutes Signal und stärkt die Zukunftsfähigkeit Deutschlands, denn wir wollen bei neuen Technologien Spitze werden. Damit nehmen wir im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz bei der Breitband-Infrastruktur ein. Innovationen sind ein Schub für die Wirtschaft und damit ein Schub für Wachstum und Ar-

beitsplätze“, erklärte Peter Müller. Deshalb zeige dieser Schritt der Telekom neuen Investitionsmut, „den wir nach dem Wechsel tatkräftig unterstützen werden. Die rot-grüne Technologiefreundlichkeit muss überwunden werden“, bekräftigte der Ministerpräsident des Jahres 2003.

Leistungsfähige Netze seien „ein Schlüsselfaktor im globalen Standortwettbewerb“. So erhalte Deutschland rechtzeitig zur Fußball-Weltmeisterschaft eine Technologie, die private Kunden mit innovativen Diensten wie video-on-demand, e-Learning und qualitativ hochwertigen Fernsehübertragungen versorgen kann. Durch die hohe Leistungsfähigkeit dieses Netzes beginne auch für Geschäftskun-

den „eine neue Dimension der Datenübertragung, so dass die Voraussetzungen für ein solides Wirtschaftswachstum durch Produktivitätssteigerung endlich gegeben sind“, erklärte Müller. Das Re-

gierungsprogramm der Union setze eindeutige Prioritäten. „Wir wollen Anreize schaffen für Investitionen in Breitbandnetze, indem wir dafür sorgen, dass neue Märkte und neue Technologien nicht durch staatliche Regulierung behindert werden. Darüber hinaus muss die Politik der Wirtschaft durch klare und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen einen nachhaltigen Anreiz für derartige Innovations- und Investitionsprojekte geben. Wir müssen so schnell wie möglich klare gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, um den Unternehmen Planungssicherheit zu geben. Mutige Investitionen in neue Märkte müssen sich lohnen“, so das Fazit des Kompetenzteammitgliedes für Wirtschaft und Arbeit.

„Angela Merkel hat unsere Unterstützung“

Solartet das Dach der Prominentenkampagne der CDU.

Nicht nur tausende von jungen Menschen kämpfen im teAM Zukunft für die CDU. Auch über einhundert prominente Vertreter aus der Wirtschaft, der Wissenschaft, Kultur, Film und Sport engagieren sich für Kanzlerkandidatin Angela Merkel und den politischen Wechsel. Sie machen deutlich: So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen Arbeit und Wachstum, und das geht nur mit der Union.

Alle prominente Unterstützer verbindet ein Ziel: Angela Merkel soll Bundeskanzlerin werden. Deshalb geben sie Interviews, werben in Anzeigen und erscheinen mit persönlichen Statements in der Internetgalerie auf der Homepage der CDU. Anzeigen werden u.a. in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Bild am

Sonntag, Super-Illu, Gala und im Sportmagazin Kicker geschaltet.

Die SPD versucht, den Einsatz von prominenten Unterstützern als ihr Vorrecht zu reklamieren. Damit ist es vorbei. Auffällig ist, dass sie kaum neue Unterstützer gefunden hat und deshalb auf ausgewiesene Sozialdemokraten wie z.B. Ernst Bahr zurückgreifen musste. Bei der CDU engagieren sich dagegen viele Menschen, die bisher nicht Partei ergriffen haben und jetzt aufstehen, damit der Wechsel gelingt. Die überwiegende Zahl von ihnen sind nicht Mitglieder von CDU und CSU.

Die Prominentenkampagne ist ein kleiner, aber wichtiger Baustein in unserer Endspurtkampagne. Sie beweist: Die CDU hat überall großen Rückhalt - auch bei den prominenten Leistungsträgern unserer Gesellschaft.



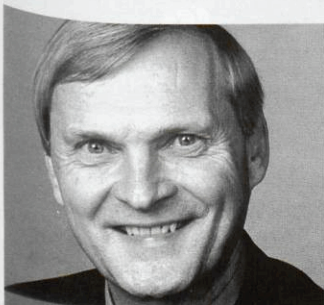
Freya Klier,
Autorin und Regisseurin



Justus Frantz,
Dirigent und Pianist



Claudia Pechstein,
Eisschnellläuferin



Ernst W. Messerschmid,
Wissenschaftsastronaut



Uschi Disl,
Biathletin



Christian Thielemann,
Generalmusikdirektor Münchner Philharmoniker

Schröders Mehrwertsteuerlüge

Jetzt ist es raus: Finanzminister Eichel hat angekündigt, dass Rot-Grün im Falle eines Wahlsieges den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 % auf 16 % anheben werde. Lediglich für Güter des sozialen und kulturellen Bereichs soll es beim ermäßigten Steuersatz bleiben. Finanzminister Eichel will damit 6 Mrd. € Mehreinnahmen zur Haushaltssanierung einsammeln.

Was bedeutet das konkret: Die Mehrwertsteuer steigt für Fleisch, Fisch, Brot, Milch, Zucker und alle anderen Lebensmittel. Die Mehrwertsteuer steigt für Blumen, Zierpflanzen, landwirtschaft-

liche Vorprodukte, wie z.B. Samen, Düngemittel oder Brennholz, und Bücher, Zeitungen oder zahntechnische Leistungen.

Der Vorstoß der SPD, nach der Bundestagswahl den ermäßigten Steuersatz zu erhöhen, ist eine steuerliche Mehrbelastung, die gerade Rentner, Studenten und Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen trifft. Das ist soziale Politik à la SPD!

Bundeskanzler Schröder hat eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in der kommenden Legislaturperiode bislang kategorisch abgelehnt. Der Vorstoß Eichels zeigt: Bundeskanzler Schröder nimmt es mit der Wahrheit nicht so genau. Er sagt den Menschen vor der Wahl nicht, was sie nach der Wahl erwartet.

Stattdessen kritisieren SPD und Bündnis90/Die Grünen die von der Union angekündigte Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer als unsoziale Benachteiligung von Arbeitnehmern, Rentnern und sozial Schwachen. Das ist schäbig. Die Regierungsparteien unterschlagen dabei, dass genau dieser Personenkreis durch die Anhebung des Normalsatzes nur wenig betroffen ist, weil bei diesen Mietzahlungen – mehrwertsteuerfrei – und Lebensmittel – z.Zt. besteuert mit dem ermäßigten Steuersatz von 7 % – den größten Teil des Konsums ausmachen.

Der Ansatz der Union zur Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer ist grundsätzlich anders als der SPD-

ANGELA MERKEL TRIFFT WLADIMIR PUTIN

Eine unionsgeführte Bundesregierung ist an engen, freundschaftlichen und partnerschaftlichen Beziehungen zu Russland interessiert. Dies machte Unions Kanzlerkandidatin Angela Merkel bei einem Treffen mit Russlands Präsident Wladimir Putin deutlich. Schließlich stehe die CDU seit den Regierungen Konrad Adenauer und Helmut Kohl für einen konstruktiven Dialog mit Moskau. Russland sei ein unverzichtbarer strategischer Partner Deutschlands und der Europäischen Union, betonte Angela Merkel. Deshalb werde auch eine schwarz-gelbe Koalition im Bund diese strategische Partnerschaft weiter festigen.



Die Kanzlerkandidatin unterstrich, Deutschland könne „Motor“ für eine abgestimmte europäische Politik sein, die alle osteuropäischen Staaten einbeziehe, ohne das bilaterale Verhältnis zu Russland dadurch zu belasten.



Michael Meister

Ansatz: Die Union wird die Steuermehreinnahmen zur Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags einsetzen und nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern. Damit werden die Lohnnebenkosten gesenkt, der Arbeitsmarkt in Schwung gebracht und neue Beschäftigung geschaffen. Der Vorschlag der SPD ist hingegen ein hilf- und konzeptionsloser Versuch, mit dem die Menschen abkassiert werden sollen.

Michael Meister ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Ölpreisbindung prüfen

Kostengünstige Energie ist ein zentraler Standortfaktor in Deutschland. Gerade mittelständische Unternehmen und Privathaushalte sind mehr denn je auf bezahlbaren Strom, Benzin, Öl und Gas angewiesen.

Überteuerte Energiepreise belasten die Kaufkraft, erhöhen Produktionskosten, gefährden Wettbewerbsfähigkeit, kosten Arbeitsplätze und beschleunigen die Abwanderung energieintensiver Branchen.

Trotz gleicher weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist fast nirgends in Europa Energie so teuer wie in Deutschland. Das zeigt, dass diese Entwicklung vor allem ein Ergebnis ideologischer und falscher politischer Entscheidungen von Rot-Grün ist.

Die Preisentwicklung nach der Hurrikan-Katastrophe in den USA macht aber auch deutlich, dass auf den Märkten für Öl und Gas mangelnder Wettbewerb herrscht und Transparenz fehlt.

Die Wettbewerbsbehörden und Netzregulierer sind daher gefordert, diese Marktmechanismen kritisch zu überprüfen:

- Die seit den 60er Jahren bestehende Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis gehört auf den Prüfstand der Wettbewerbsbehörden. Der ursprüngliche Zweck dieser Preisbindung, Kunden vor großen Preisschwankungen beim Gas zu schützen und Gas konkurrenzfähig zum Öl zu machen, kehrt sich zur Zeit ins Gegenteil. Die Kopplung entfaltet keine Brems-

wirkung mehr, sondern wirkt preistreibend beim Gas. Die Privatkunden fühlen sich als Gefangene von Verträgen und Konditionen, die sie nicht nachvollziehen können.

- Es darf nicht sein, dass unter dem Deckmantel der Versorgungssicherheit Exklusivverträge und Laufzeiten von bis zu 20 Jahren einen Lieferantenwechsel von Industriekunden oder Stadtwerken faktisch unmöglich machen.

- Das Bundeskartellamt sollte die bisher üblichen Lieferverträge zwischen Ferngasunternehmen und Großabnehmern in den laufenden Verfahren einer strengen Prüfung unterziehen. Zum Missbrauch einladende Vereinbarungen dürfen nicht länger toleriert werden.

- Neben wettbewerbsorientierter Vertragsgestaltung muss ein diskriminierungsfreier Netzzugang durch die zuständigen Regulierungsbehörden sichergestellt werden.

- Weil es sich ganz eindeutig um ein internationales Kartell handelt, ist vor allem auch die Europäische Kommission gefordert. Da ein Teil der Lieferländer Mitgliedstaaten der EU sind, sollten die Brüssler Wettbewerbschützer schnell aktiv werden. So wäre die Überprüfung des gesamten Ver-



Hartmut Schauerte

tragsmechanismus möglich. Das ist darum wichtig, weil die Ölpreisbindung insbesondere von Unternehmen aus den Lieferländern durchgesetzt wird. Inwiefern weit deutsche Großabneh-

mer an dieser Vereinbarung aus Eigeninteresse mitwirken, bleibt zu klären.

■ Letztlich ist die Frage der Ölpreisbindung auch unter dem Gesichtspunkt des internationalen Handels und des WTO-Regelwerkes zu untersuchen.

Energiemärkte brauchen einen funktionierenden Wettbewerb und eine strenge Missbrauchsaufsicht, damit Angebot und Nachfrage für günstige Kosten sorgen und Preistreiberei verhindert wird.

Hartmut Schauerte ist mittelstandspolitischer Fraktionsprecher.

Rentenfinanzen weiter auf Talfahrt

Die Rentenfinanzen sind weiter auf Talfahrt. Während Bundeskanzler Schröder und sein Wirtschaftsminister Clement versuchen, einen Anstieg der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsvhältnisse herbeizureden, reiht sich in der Rentenkasse ein Beitragsminus an das andere.

Im August sind die Beiträge erneut eingebrochen, diesmal um 0,6%. Die Rentenfinanzen sind völlig aus

teAM ZUKUNFT: HOCHMOTIVIERT AUF DIE ZIELGERADE

Das teAM Zukunft wächst und wächst: Hochmotiviert werben viele Unterstützer in ganz Deutschland jeden Tag neue Mitglieder.

In Trier begrüßte Kanzlerkandidatin Angela Merkel das 25.000-ste Mitglied: Christoph Deese (31) aus Hamm. Als kleine Anerkennung überreichte sie ihm ein handsigniertes teAM-Zukunft-Shirt (siehe Foto).

Spannend bleibt auch der Wettstreit um die meisten freiwilligen Unterstützer in einem Wahlkreis. Inzwischen (Stand 12.9.) hat sich das teAM von Karl-Georg Wellmann aus dem Wahlkreis 80 (Berlin Steglitz-Zehlendorf) mit 1.161 Unterstützern an die Spitze gesetzt, dicht gefolgt vom teAM Hermann Scharf aus dem Wahlkreis 298 (St. Wendel) mit 1.156 Unterstützern. Rang 3 belegt Jochen Borcherts



Wahlkreis 123 (Recklinghausen II). Seinem teAM haben sich bereits 884 Mitglieder angeschlossen.

Besonders eindrucksvoll: Bereits 66 teAMs haben mehr als 100 Unterstützerinnen und Unterstützer für den Wechsel gewonnen! Nun gilt es, auch bis zum Wahltag am 18. September weiter geschlossen für eine bessere Zukunft in Deutschland zu kämpfen!



Wolfgang Zöllner



Andreas Storm

den Fugen geraten. Rot-Grün steht vor einem rentenpolitischen Abgrund. Die Regierung Schröder bekommt die Rentenmisere nicht mehr in den Griff und wird zum Getriebenen ihrer verfehlten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Fakt ist: Seit Jahresanfang sind die sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnisse von 26,8 auf 26,11 Mio. zurückgegangen. Von Januar bis August 2005 waren die Beitragseinnahmen zur Rentenversicherung in sieben Monaten rückläufig. Das kumulierte Beitragsminus beträgt 0,7% gegenüber dem Vorjahr. Wo Schröder und Clement bei diesen Zahlen eine Trendwende am Arbeitsmarkt erblicken wollen, bleibt ihr Geheimnis. Weshalb Bundeskanzler Schröder in seiner Regierungserklärung behauptet hat, dass die Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung von der SPD hergestellt worden sei, weiß nur er allein.

Sicher ist: Nach sieben Jahren Rot-Grün ist die Ren-

tenkasse ein Fall für die Intensivstation. Ohne Finanzspritzen vom Bundesfinanzminister kann sie sich nicht mehr allein auf den Beinen halten. Erstmals seit über 20

Jahren muss ein Teil der Bundeszuschussrate für den nächsten Monat vorgezogen werden, damit die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen kann. Ende November ist die Rentenkasse sogar auf ein Darlehen des Finanzministers in Höhe von mindestens 500 Mio. Euro angewiesen. Die Rentenfinanzen sind nach sieben Jahren Rot-Grün zerrüttet. Die Rentenkasse wird zum Bittsteller beim Finanzminister. Und am Jahresende ist die Rente nur noch auf Pump zu finanzieren.

Angesichts der dramatischen Arbeitsmarktsituation und der damit verbundenen Einnahmeausfälle der Sozialkassen wird die Konsolidierung der Rentenfinanzen mit zu den Hauptaufgaben der Rentenpolitik in der nächsten Wahlperiode gehören. Dazu ist eine wirkliche Trendwende am Arbeitsmarkt erforderlich. Nicht Reden, sondern Handeln ist angesagt! Deshalb steht der Abbau der

Massenarbeitslosigkeit, die Rot-Grün nach sieben Jahren hinterlässt, ganz oben auf der Agenda der Union.

Wolfgang Zöllner ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender, **Andreas Storm** ist sozialpolitischer Fraktionsprecher.

Rot-Grün treibt Verbraucher in die Pleite

Wieder einmal zeigen sich die negativen Resultate der 7 Jahre andauernden Regierungszeit von Rot-Grün: Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen hat dramatisch zugenommen.

Rot-Grün treibt die Menschen in die Pleite. Jedes Vertrauen in eine bessere Politik wurde bitter enttäuscht.

Die Anzahl der insolventen Verbraucher hat sich im Juni 2005 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2004 um mehr als 40 Prozent erhöht. Hier muss dringend Einhalt geboten werden. Die Verbraucher brauchen wieder Zuversicht, in eine bessere Politik und in eine leistungsfähigere Regierung. Es ist akut ein Regierungswechsel geboten, damit wieder neue Arbeitsplätze entstehen. Nur Arbeit kann dauerhaft Sicherheit geben.

Die Arbeitskosten müssen in Deutschland gesenkt

werden. Das ist der Schlüssel, um die Schwächen in Deutschland zu überwinden und positive Signale am deutschen Arbeitsmarkt zu geben. Daher wollen wir die Lohnnebenkosten bereits zum 1. Januar 2006 um 2 Prozent senken.

Die Union wird den Arbeitsmarkt grundlegend flexibilisieren. Hierzu gehört auch ein Aktivlohnmodell, mit dem Langzeitarbeitslose wieder in den Löhnerwerb gebracht werden können. Zu diesen Maßnahmen war Rot-Grün nicht fähig

Ronald Pofalla ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender.



Wahlfehler verhindern

Ich begrüße die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Falle einer illegalen Doppelstaatlerin aus der Türkei, die ihre Teilnahme an der Bundestagswahl erzwingen wollte (2 BvQ 25/05).

Diese Entscheidung hat weitreichende Bedeutung für die bevorstehende Bundestagswahl: Illegale Doppelstaatler dürfen nicht an der Bundestagswahl am 18. Septemberteilnehmen. Jetzt muss die Bundesregierung umgehend sicherstellen, dass keiner der illegalen



Ronald Pofalla

Doppelstaatler aus der Türkei an der Bundestagswahl teilnimmt. Wahlfehler müssen unbedingt verhindert werden.

Es ist eine Farce, dass dies aufgrund der rot-grünen Verweigerungshaltung immer noch nicht sichergestellt ist. Bereits im Dezember 2004 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rot-Grün aufgefordert, das Problem der illegalen Doppelstaatler anzupacken und insbesondere gegenüber der Türkei tätig zu werden. Da Rot-Grün hier bewusst untätig blieb, müssen die Länder nun die illegalen Doppelstaatler in zeitintensiven Fragebogenaktionen identifizieren. Sollte es zur Teilnahme illegaler Doppelstaatler kommen, trägt hierfür allein die rot-grüne Bundesregierung die Verantwortung. Besonders die Untätigkeit von Innenminister Schily gegenüber seinem türkischen Amtskolle-



Hartmut Koschyk

gen hat maßgeblich mit zur derzeitigen Lage beigetragen. Er war nicht in der Lage, die Verweigerungshaltung des rot-grünen EU-Wunschkandidaten bei der Aufklärung der illegalen Doppelstaatler zu brechen. Ganz im Gegenteil – es häufen sich Meldungen, dass türkische Konsulate die Aufklärungsaktionen der Länder bewusst torpedieren. Das ist nicht hinnehmbar.

Vor der Bundestagswahl muss der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eindeutig Geltung verschafft werden. Es muss Gewissheit herrschen, dass Personen, die ihr Wahlrecht verloren haben, nicht an der Bundestagswahl teilnehmen können. Die Wählerinnen und Wähler müssen sicher sein können, dass alles mit rechten Dingen zugeht.

Hartmut Koschyk ist innenpolitischer Fraktionssprecher.

Papierfähnchen „CDU und Deutschland/Europa“

Papierfähnchen mit zwei verschiedenen Seiten

Bestell-Nummer: **9426**
 Preis je 1.000 Stück: **59,00 €**
 inkl. MwSt.: 68,44 €



CDU-Luftballon

Bestell-Nummer: **9304**
 Preis je 500 Stück: **30,00 €**
 inkl. MwSt.: 34,80 €



Luftballon Zubehör

Luftballon-Drahtstäbe

Bestell-Nummer: **9305**
 Preis je 500 Stück: **11,00 €**
 inkl. MwSt.: 12,76 €

Luftballon-Schnellverschluss

inkl. Halteschnur für Gasballons

Bestell-Nummer: **9609**
 Preis je 100 Stück: **4,90 €**
 inkl. MwSt.: 5,68 €

Türanhänger „Wählen gehen! CDU“

Zur Mobilisierung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger sollte – am Tag der Wahl – noch einmal zur Stimmabgabe aufgerufen werden.

„Jede Stimme zählt!“

Bestell-Nummer: **1609**
 Preis je 200 Stück: **8,00 €**
 inkl. MwSt.: 9,28 €



UID

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

Danke für Ihr Vertrauen

Plakat-Überkleber „Danke für Ihr Vertrauen“

42,5 cm x 15 cm

Bestell-Nummer: **8196**

Preis je 250 Stück: **20,20 €**

inkl. MwSt.: 23,43 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Vermold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de